

TAGEBLATT

DIE ZEITUNG DER FDP-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG



Der vierjährige Tim und seine kleine Schwester Sophie (1) leben in Löbau. Dass die beiden hier in Sachsen aufwachsen, ist eine bewusste Entscheidung ihrer Eltern Toralf und Nicole Einsle.

Sachsens moderne Familien

Toralf Einsle aus Löbau ist vor kurzem in seine sächsische Heimat zurückgekehrt. „Dass mein Sohn hier aufwachsen und zur Schule gehen soll, war für mich immer klar“, sagt der 33-jährige Ingenieur. Auch seine Frau ist berufstätig. Ihr Beispiel ist typisch für das moderne Familienbild im Freistaat.

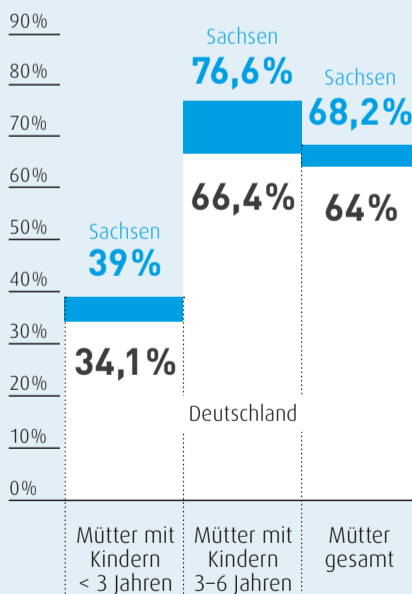
Der 33-jährige Familienvater Toralf Einsle ist lange zwischen Ost und West, zwischen Löbau und Erlangen gependelt. Insgesamt drei Jahre hatte der Ingenieur in Bayern gearbeitet. „Das war keine leichte Zeit für uns, denn meine Frau musste sich lange allein um den Nachwuchs kümmern“, erzählt Einsle. Und da auch sie berufstätig ist, war nach der Elternzeit schnell eine verlässliche Kinderbetreuung gefragt. Das Beispiel Einsle ist typisch für Familien in Sachsen. Das bestätigt eine Studie im Auftrag des sächsischen Sozialministeriums: Demnach sind im Freistaat rund 68 Prozent der Mütter, deren jüngstes Kind jünger als 17 Jahre ist, berufstätig. Das ist mehr als im Bundesdurchschnitt. Die sächsischen Mütter sind laut wissenschaftlicher Untersuchung zudem „häufig höher qualifiziert“, auch der Anteil alleinerziehender Frauen mit hohem Bildungsabschluss ist hierzulande größer. „Wenn einer allein ein Kind betreut, sind die Öffnungszeiten der Kitas oft ein Problem“, berichtet Einsle. „Meine Frau konnte unseren Sohn in Löbau anfangs morgens hinbringen und musste ihn aber spätestens um halb fünf wieder abholen. Wenn man die Fahrzeiten hin und zurück hinzurechnet, kriegt man da kaum

noch einen Acht-Stunden-Arbeitstag unter. Und dazwischenkommen darf dann sowieso nichts“, erinnert er sich.

Sachsen fördert längere Kita-Öffnungszeiten

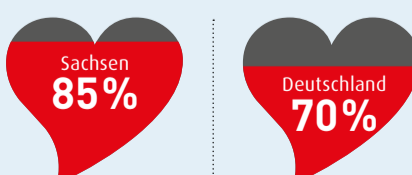
Um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, setzt vor allem die FDP im Landtag auf flexiblere Angebote bei der Kinderbetreuung. So haben CDU und FDP beispielsweise ein Förderprogramm aufgelegt, das längere Öffnungszeiten von Kindertagesstätten finanziell unterstützt. Insgesamt stehen dafür in den Jahren 2013 und 2014 etwa 1,2 Millionen Euro bereit. „Die Sachsen leben ein modernes Familienbild, wo meist Vater und Mutter arbeiten gehen. Da ist der Freistaat Vorreiter in Deutschland“, sagt FDP-Fraktionschef Holger Zastrow. Daher müsse auch der Staat die nötigen Rahmenbedingungen für die Eltern schaffen. „Wir stehen nicht für das erzkonservative Rollenbild mancher in der CDU, sondern für eine unverkrampfte Familienpolitik, die die Lebenswirklichkeit der Menschen respektiert“, sagt Zastrow. Deshalb investiere Sachsen weiter in den Neubau und die Sanierung von Kitas. Allein in diesem Jahr fließen dafür rund 62 Millionen Euro vom

Erwerbstätigenquote von Müttern nach dem Alter des jüngsten Kindes; Sachsen und Deutschland



Modernes statt erzkonservatives Familienbild

Wie sehr stimmen Sie persönlich dieser Aussage zu: „Eine berufstätige Mutter kann ihrem Kind genauso viel emotionale Wärme geben wie eine Mutter, die nicht arbeitet.“ (Angabe: stimme voll zu, stimme eher zu)



Quelle: Studie des sächsischen Sozialministeriums, Januar 2013

Land an die Städte und Gemeinden. Denn gerade in Wachstumsregionen steigt der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen.

Um die Qualität der Betreuung zu verbessern, geht Schwarz-Gelb in diesem Jahr neue Wege: So können künftig zusätzliche Assistenzkräfte die Erzieher in den Kitas vor allem bei einfachen Tätigkeiten entlasten. Die Fachkräfte sollen so mehr Zeit für die Bildung und Erziehung der Kleinen haben. Für die zusätzlichen Personalkosten sind zweistellige Millionenbeträge vorgesehen.

„Freistaat tut viel für junge sächsische Familien“

Toralf Einsle ist inzwischen nach Sachsen zurückgekehrt und arbeitet in Görlitz. Sein zweites Kind ist gerade anderthalb Jahre alt geworden. „Wir haben das mit der Kinderbetreuung hinbekommen, denn die Kleine geht in die Kita, und meine Frau und ich teilen uns zeitlich rein“, sagt er. „Sachsen ist meine Heimat, und mir ist wichtig, dass meine Kinder später hier im guten sächsischen Schulsystem lernen“, betont Einsle. Der Freistaat tue trotz einiger Herausforderungen viel für Familien mit Kindern, findet er – vor allem, wenn er an die Erfahrungen seiner Arbeitskollegen in Erlangen zurückdenkt. „Wenn Sie schon mal versucht haben, eine ganztägige, bezahlbare Kinderbetreuung in Bayern zu finden, dann empfinden sie das hier in Sachsen beinahe als paradiesische Zustände“, sagt Einsle schmunzelnd.



FDP-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Bildung | Seite 02

Die neue Oberschule kommt

Erweitertes Fremdsprachenangebot, neue Leistungsgruppen, bessere Berufsorientierung und höhere Durchlässigkeit zum Gymnasium – zum Schuljahresbeginn 2013 wird die bisherige Mittelschule als Herzstück des sächsischen Schulsystems auf ein völlig neues Niveau gehoben.

Fortschrittsoffensive | Seite 04/05

Kampf gegen Windkraftwildwuchs

Immer mehr Sachsen wehren sich dagegen, dass unsere Heimat mit immer mehr Windrädern verschandelt wird. Der ungezügelte Ausbau der Windenergie ist inzwischen zum Sinnbild für eine völlig fehlgeleitete Energiepolitik geworden.



Finanzen und Europa | Seite 07

Keine neuen Schulden mehr

Bereits seit 2006 macht Sachsen keine neuen Schulden mehr. Ab 2014 ist dies dann auch in der sächsischen Verfassung verboten. Damit geht ein Herzenswunsch der FDP im Landtag in Erfüllung, für den sie seit 2007 kämpft.



Die neue Oberschule kommt

Ein erweitertes Fremdsprachenangebot, neue Leistungsgruppen vor allem für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch, verbesserte Berufsorientierung sowie höhere Durchlässigkeit zum Gymnasium mit einer zweiten Bildungsempfehlung nach Klasse 6 – zum Schuljahresbeginn 2013 wird die bisherige Mittelschule als Herzstück des sächsischen Schulsystems auf ein völlig neues Niveau gehoben.

Zum Schuljahresbeginn 2013/14 startet in Sachsen die größte Reform des hiesigen Schulsystems seit der Wende: Rund 15.600 frischbackene Fünftklässler kommen nicht mehr in die Mittelschule, sondern in die neue Oberschule. Damit ist auch eines der wichtigsten schwarz-gelben Projekte gelungen, für das sich besonders die FDP-Landtagsfraktion in den vergangenen Jahren immer wieder stark gemacht hatte, nachdem es CDU und FDP bei den Koalitionsverhandlungen 2009 gemeinsam entwickelt haben. „Wir werten das Herzstück des sächsischen Schulsystems durch deutlich verbesserte Angebote für alle Oberschüler enorm auf“, sagt Holger Zastrow, Chef der FDP-Landtagsfraktion. „Unsere Mittelschüler waren noch nie

Mittelmaß – das verdeutlicht nun auch der neue Name, ‚Oberschule‘.“ Was ist nun aber eigentlich neu an der Oberschule? Nur der Name, wie die Opposition immer wieder behauptet? Ist die Oberschule gar ein „Etikettenschwindel“ ohne neue Qualität? FDP-Bildungspolitiker Norbert Bläsner ärgert solche Vorwürfe: „In der Oberschule machen wir jedem Schüler das Angebot, in Klasse 6 eine zweite Fremdsprache zu lernen. Und die neuen Leistungsgruppen vor allem für Deutsch, Mathematik und Englisch, die die Schüler belegen können, liegen praktisch auf Gymnasialniveau.“ Diese höhere Qualität gebe es natürlich nicht zum Nulltarif, allein schon wegen des gestiegenen Bedarfs an Lehrern für die neuen Angebote, sagt Bläsner: „Knapp sieben Millionen Euro

haben die Koalitionsfraktionen daher für die Weiterentwicklung der Mittel- zur Oberschule zusätzlich im Doppelhaushalt 2013/2014 eingestellt.“

Und auch die Berufsorientierung wird nun weiter gestärkt: Denn die Oberschule ist die wichtigste Quelle von künftigen Lehrlingen für die mittelständisch ge-

prägt Wirtschaft in Sachsen, die bereits jetzt den Fachkräftemangel spürt. Die Praktiker von morgen werden auf der Oberschule künftig noch zielgerichteter darauf vorbereitet, nach dem Schulabschluss reibungslos mit einer Lehre ins Berufsleben einsteigen zu können – oder sich doch noch für ein Abitur zu entscheiden. „Die Oberschule lebt vor allem von ihrem Praxisbezug, deshalb wollen wir auch die Berufsorientierung stärken“, begründet FDP-Bildungsexperte Bläsner. „Daher legen wir besonderen Wert darauf,

„Die Oberschule lebt vor allem von ihrem Praxisbezug, deshalb wollen wir auch die Berufsorientierung stärken.“

Talente frühzeitig zu erkennen und zu fördern.“ An 50 Schulen werden ab 2014 sogenannte Praxisberater eingeführt. Diese werden gemeinsam mit jedem einzelnen

Schüler, seinen Eltern und Lehrern individuelle Profile zu den Stärken des Schülers erstellen, erläutert Bläsner: „Bereits in Klasse 7 und 8 können die Schüler damit optimal auf eine spätere Berufswahl oder einen anschließenden Weg zum Abitur oder Fachabitur vorbereitet werden.“ Dieses Projekt war den Regierungsfractionen im Landtag bei der Aufstellung des Doppelhaushalts zusätzlich noch einmal jährlich eine Million Euro wert. Die Bundesarbeitsagentur gibt jährlich die gleiche Summe obendrauf.

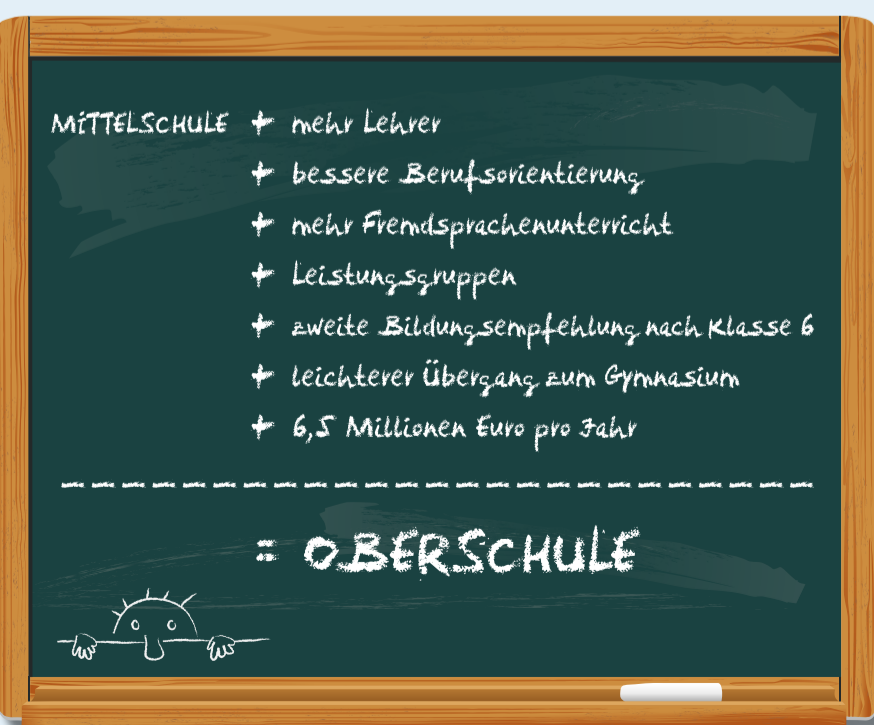
Wechsel aufs Gymnasium nun leichter möglich

Und nicht zuletzt geht die Oberschule ein weiteres Problem an: Bisher war es praktisch so gut wie kaum möglich, vor dem Realschulabschluss auf ein Gymnasium zu wechseln, wenn die Bildungsempfehlung nach Klasse 4 dies noch nicht hergab. Ein Problem, das Pädagogen aus der Praxis kennen, wie auch Mathematik- und Physiklehrerin Beate Liphardt aus Brandis: „Manchmal ist man wirklich erstaunt, welchen Sprung einige Schüler in ihrer Entwicklung in nur wenigen Jahren machen. Deshalb ist es gut, dass jetzt auch nach der 6. Klasse regulär von der Mittelschule auf das Gymnasium gewechselt werden kann.“

Bildungsempfehlungen leistungsgerechter

Möglich macht dies die regelmäßige zweite Bildungsempfehlung, die seit 2012 bereits alle Mittelschüler am Ende von Klasse 6 erhalten. Und auch die erste Bildungsempfehlung am Ende von Klasse 4 der Grundschule wurde wieder leistungsgerechter gestaltet. „Keinem Schüler war mit der von der damals mitregierenden SPD aufgeweichten Bildungsempfehlung geholfen“, erklärt Bildungspolitiker Bläsner. „Im Gegenteil: Schüler, die doch noch nicht reif fürs Gymnasium waren, mussten an die Mittelschule zurückkehren – ein vollkommen unnötiger Knick in der Schullaufbahn.“ Das sieht auch Gymnasiallehrerin Liphardt, die zuvor lange an einer Mittelschule in Grimma lehrte, mit ihrem Blick aus der Praxis so: „Es ist wichtig, dass es mit dem konkreten Notendurchschnitt jetzt abrechenbare Vorgaben gibt. Denn damit ist für Lehrer, Eltern und Schüler objektiv nachvollziehbar, ob der Weg zum Abitur eingeschlagen werden sollte.“

Aber was sagen eigentlich die Schüler zur Oberschulreform? Fürchten die sich vor steigenden Anforderungen durch qualitativ hochwertigere Angebote? Nicht die Spur davon beispielsweise bei Philipp Hartwig, Kreisschülerrat in Mittelsachsen. Er lobt vor allem das verbesserte Fremdsprachenangebot: „Von der verstärkt angebotenen zweiten Fremdsprache profitieren ja nicht nur diejenigen, die dann leichter aufs Gymnasium wechseln können, sondern letztlich all jene Oberschüler, die intensiv diese Sprache lernen.“



Keine Mittelschule wird geschlossen

Auch im neuen Schuljahr werden keine weiteren Mittelschulen mehr geschlossen. Die FDP hatte vor drei Jahren in der Regierung einen Stopp der Schulschließungen durchgesetzt. Demnach wird in dieser Wahlperiode keine Mittelschule im ländlichen Raum dichtgemacht, wenn mindestens eine Eingangsklasse gebildet werden kann. Diese gelockerte Voraussetzung von nur mindestens 20 statt 40 Anmeldungen erfüllen derzeit alle Mittelschulen in Sachsen. Die Schüler, Eltern und Lehrer an den vom sogenannten Mitwirkungsentzug bedrohten Mittelschulen können also aufatmen: Ihre Schulen bleiben erhalten! Zum Vergleich: In der zurückliegenden Le-



gisaturperiode waren unter SPD-Regierungsbeteiligung noch 174 Mittelschulen geschlossen worden. Mit dem Stopp der Schließungen hat die FDP im Landtag eines ihrer zentralen Vorhaben erfüllt. Bereits im Wahlkampf 2004 hatten sich die Freidemokraten mit dem Slogan „Kurze Wege für kurze Beine“ und „Lasst die Schule im Dorf!“ dafür stark gemacht.

Honorare gegen Unterrichtsausfall

Der Ausfall von Unterricht bleibt ein Problem: Im ersten Schulhalbjahr 2012/13 fielen etwa 4,4 Prozent der Stunden aus – verschärft durch Streiks der Lehrer. Um kurzfristig Abhilfe zu schaffen, hat die FDP das Programm „Unterrichtsgarantie“ durchgesetzt. In diesem Jahr stehen fünf Millionen Euro bereit. Mit diesem Geld können die Schulleiter den Unterricht durch zusätzliche Honorarkräfte absichern, beispielsweise durch bereits pensionierte Lehrkräfte. Um den Lehrerberuf langfristig zu sichern, wird die Zahl der Lehramtsstudienplätze von 1.000 auf rund 1.700 erhöht. Außerdem sollen bis zum Schuljahr 2015/16 über 2.000 neue Lehrer eingestellt werden.



Heimatkennzeichen wieder da



Die Sachsen lieben ihre alten Kürzel bei den Nummernschildern: Über 30.000 alte Heimatkennzeichen wurden gleich in den ersten 100 Tagen nach der Wiedereinführung in Sachsen vergeben. In allen Regionen sind zahlreiche Sachsen inzwischen wieder mit traditionellen Buchstabenkombinationen auf den Straßen unterwegs. „Endlich sind die lieb gewordenen Kürzel und damit ein Stück regionale Identität zurück, dafür haben wir im Landtag und auf Bundesebene lange gekämpft“, sagte FDP-Fraktionschef Holger Zastrow. Denn schon vor zwei Jahren hatten sich die Freidemokraten für die Wiedereinführung der Kfz-Kennzeichen ausgesprochen, die durch die Kreisreform verschwunden waren. Noch im gleichen Jahr startete Sachsens Verkehrsminister Sven Morlok (FDP) gemeinsam mit Thüringen eine Bundesratsinitiative. Damit die Sachsen wieder beispielsweise FTL, WDA, BED oder HOT am Auto zeigen dürfen, musste Bundesrecht geändert werden. Inzwischen ist die Kfz-Zulassungsverordnung entsprechend geändert, und insgesamt 45 sogenannte Altkennzeichen sind wieder möglich. „Politik muss sich um die großen Themen wie einen schuldenfreien Haushalt und die Schulpolitik ebenso kümmern wie um die kleinen Themen, die die Menschen vor Ort bewegen. Und dazu gehört eben auch die Wiedereinführung der alten Schilder, die auch von vielen Städten und Gemeinden gewünscht wurde. Viele Autofahrer wollen ihre Heimatverbundenheit auch mit dem Kennzeichen zeigen – und das dürfen sie jetzt wieder“, sagte Zastrow. Sachsen ist übrigens das erste Bundesland, in dem die Altkennzeichen wieder eingeführt wurden.

Wir überstehen auch diese Flut

Nach 2002 und 2006 kämpfen viele Betriebe wie das Meißener Traditionsunternehmen „Kohlen Schindler“ jetzt bereits zum dritten Mal mit den Folgen einer Hochwasserkatastrophe.

An seinem Holztür ist mit einem Stückchen Kohle ein schwarzer Strich eingezeichnet. „Bis hierhin hat das Wasser gestanden“, sagt Peter Bahrmann von der Firma „Kohlen Schindler“ in Meißen. Der 57-Jährige steht in blauer Arbeitshose auf dem Hof seines Betriebes und deutet auf die Markierung über seinem Kopf. Knapp zwei Meter hoch ergoss sich das Wasser der Elbe bei der Flut im Juni auf dem Gelände des Familienbetriebs. Etwa 80 Tonnen Kohle und Holz hatte die Firma kurz vorher noch auf Lager. „Bis auf rund 18 Tonnen haben wir alles retten können“, sagt Bahrmann. Er wirkt zufrieden, aber erschöpft. Die Wochen danach haben Kraft gekostet: Schlamm schippen, die Wände trocknen und Schäden beseitigen.

Freistaat unterstützt Betriebe bei Wiederaufbau finanziell

Wie dem Meißener Traditionsunternehmen ist es vielen beim Hochwasser 2013 ergangen. Neben unzähligen Anwohnern waren in Sachsen rund 3.000 Betriebe betroffen. Wenige Tage nach der Flut hatte das sächsische CDU/FDP-Kabinett bereits erste Soforthilfen beschlossen. Betroffene Bürger erhielten ein Handgeld von 400 Euro pro Erwachsenen und 250 Euro pro Kind für das Nötigste. Betriebe bekamen rund 1.500 Euro vom Freistaat. „Wir haben uns das Geld bei der Stadt Meißen abholen

können, es hat reibungslos funktioniert“, sagt Andrea Bahrmann, die gemeinsam mit ihrem Mann die Firma führt.

Schadensbeseitigung und Wiederaufbau werden ebenfalls finanziell unterstützt. Für Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) stehen dabei Betriebe mit bis zu 500 Mitarbeitern im Mittelpunkt. Dazu gehören auch die vielen Einzelhändler von überschwemmten Innenstädten wie in Bad Schandau, Pirna, Meißen, Grimma oder Döbeln. Sie erhalten einen Zuschuss von 50 Prozent des entstandenen Schadens. Wer sich versichert hat, kann die Zahlungen der Versicherung dabei als Eigenanteil für die übrigen 50 Prozent geltend machen. „Damit profitieren Betroffene, die mit teils hohen Prämien eine Versicherung abgeschlossen hatten, auch von ihrer Eigenvorsorge“, sagt Morlok.

Eine Versicherung hat die Firma „Kohlen Schindler“ nicht. „Das wäre zu teuer“, sagt Peter Bahrmann. Sein Betrieb liegt an der B6 in Meißen nur rund 100 Meter von der Elbe entfernt. „Wir versuchen uns vielmehr auf Hochwasser so gut wie möglich vorzubereiten“, erklärt er. Als im Jahr 2004 ein neues Haus auf dem Gelände gebaut wurde, haben sie es etwa anderthalb Meter höher gesetzt als das alte Gebäude. Die Schäden am Haus blieben so diesmal überschaubar. Und die Motoren der Kohleförderbänder wurden noch schnell raus-

geschraubt, bevor das Wasser kam. „Denn solche Schäden an den Maschinen machen es nachträglich sonst richtig teuer“, betont Bahrmann. „Die Menschen in Sachsen und unsere Städte und Gemeinden waren diesmal besser auf das Hochwasser vorbereitet“, bilanzierte auch Sachsens FDP-Fraktionschef Holger Zastrow in seiner Rede im Landtag. „Das Krisenmanagement war unaufgeregt, professionell und gut organisiert. Und wir haben ein einzigartiges Maß an Solidarität und Hilfe erlebt, das macht mich stolz auf unser Land“, sagte Zastrow. Er dankte den vielen freiwilligen Helfern, den Feuerwehren und Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk und den Bürgermeistern und Verwaltungsmitarbeitern. „Das haben die schon richtig gut gemacht“, sagte Zastrow.

Große Umsiedlungen sind keine Lösung für Sachsen

Die Linken und die Grünen forderten im Parlament, den Flüssen einfach mehr



Raum zu geben. „Dort, wo es geht, passiert das auch“, sagte Zastrow mit Blick auf die frühere Umsiedlung des stark flutgefährdeten Gebietes um Röderau-Süd. Das sei aber für Sachsen insgesamt keine Lösung. „Wir sollten mit der Natur leben und uns anpassen. Denn wenn Sie Meißen dadurch schützen wollen, den Flüssen mehr Raum zu geben, wo genau soll die Elbe denn vorher hinfließen? Sagen Sie das den Menschen in Dresden, in Pirna oder in Bad Schandau, wo genau diese Flächen sein sollen“, rief Zastrow in Richtung Linksfraktion und Grüne. Die CDU/FDP-Koalition dagegen setzt vor allem auf technischen Hochwasserschutz. Alles andere sei eine gut klingende, aber völlig theoretische Debatte, erklärte er. Die Kulturlandschaft in Sachsen sei über Jahrhunderte gewachsen. Städte wie Pirna, Döbeln oder Grimma lägen seit jeher am Fluss, die könne man nicht einfach alle umsiedeln, findet Zastrow.

Andrea und Peter Bahrmann haben bereits entschieden, dass sie mit ihrer Firma am Standort in Meißen bleiben werden. Sie führen den Familienbetrieb in vierter Generation. Und seit 1875 hat das Gelände schon so einige Hochwasser gesehen. „Alte Fotos und Aufzeichnungen zeigen, dass die Elbe bei uns hier auch 1940 schon mal ähnlich hoch stand“, sagt er. Und auch die Hochwassermarken auf dem Theaterplatz in Meißen erinnern an vergangene Fluten: 1799 und 1845 stand das Wasser demnach sogar höher als zum Jahrhunderthochwasser von 2002.

Juni 2013: wieder Land unter in Sachsen, hier in Dresden-Neustadt

Zitat aus dem Landtag:
„Zuerst kommt der Mensch und dann der Käfer“

FDP-Fraktionschef Holger Zastrow im Landtag zur Diskussion um Umwelt- und Hochwasserschutz

Erhalt sächsischer Dampfbahnen



Die jahrelangen Diskussionen um den Erhalt der sächsischen Dampfbahnen haben endlich ein Ende: Die langfristige Finanzierung der Schmalspurbahnen ist ebenso gesichert wie der Wiederaufbau des zweiten Streckenabschnittes der Weißeritzalbahn. Insgesamt stehen allein in diesem Jahr zusätzlich zu den Mitteln, die über die Verkehrsverbünde ausgereicht werden, rund 4,5 Millionen Euro zur Verfügung. Davon profitieren die Döllnitzbahn, die Fichtelbergbahn, die Löbnitzgrundbahn, die Weißeritzalbahn und die Zittauer Schmalspurbahn. FDP-Tourismusexperte Tino Günther sieht in den alten Dampfrössern ein Stück sächsische Industriegeschichte. „Außerdem steigern die Schmalspurbahnen in den Regionen die Attraktivität für Besucher und sichern so Arbeitsplätze in der Tourismuswirtschaft, mancherorts sind sie sogar Teil des Personennahverkehrs“, sagt Günther. Sachsen hat deutschlandweit das dichteste Streckennetz von Schmalspurbahnen.

Ein Stück mehr Freiheit: Autowaschanlagen dürfen sonntags öffnen



Mit einem Hochdruckreiniger geht hier FDP-Wirtschaftspolitiker Torsten Herbst beherzt bei der Vorwäsche zu Werke. Bei einer symbolischen Autowasch-Aktion an einer Dresdner Tankstelle machte Herbst auf die jetzt wieder mögliche Sonntagsöffnung von Auto-Waschanlagen aufmerksam. CDU und FDP hatten im Landtag eine

Gesetzesänderung beschlossen, nachdem das sächsische Verfassungsgericht im vergangenen Jahr die uneingeschränkte Freigabe der Öffnungszeiten untersagt hatte. Deshalb gilt jetzt eine zeitliche Differenzierung nach Art der Anlage und nach Standort. „Die neue Sonntagsöffnung ist ein Vorteil für die Kunden und Betreiber

von Waschanlagen gleichermaßen. Sie schafft ein Stück mehr Freiheit“, sagt Herbst. „Jeder Anlagenbetreiber kann selbst entscheiden, ob er den zusätzlichen Service anbietet, und die Kunden, ob und wann sie diese Dienstleistung in Anspruch nehmen“, betont der Landtagsabgeordnete.



„Ich fühle mich bei Ihnen hier in Dresden ausgesprochen wohl.“ Václav Klaus während der Podiumsdiskussion auf der Alternativen Ökokonferenz der FDP-Landtagsfraktion (2.v.r.) mit Henning Krumrey, Alexander Neubacher, Dr. Peter Heller und Holger Krahrmer (v.l.n.r.).

Vom Falschen zu viel

„Ökowahn statt Umweltschutz – Wenn grüne Ideologien zum Dogma werden“ – zur Alternativen Ökokonferenz im Mai kamen über 300 Gäste, darunter Tschechiens Staatspräsident a. D. Václav Klaus.

Im Jahr 2007 war Václav Klaus, damals Präsident Tschechiens, schon einmal in Dresden. Auch damals ging es auf Einladung des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten, Georg Milbradt, um die Klima- und Ökocodebatte. Diese Veranstaltung, so berichtet das ehemalige tschechische Staatsoberhaupt am Rande der Alternativen Ökokonferenz, sei noch von „absurden Protesten“ begleitet worden. „Das ist inzwischen anders.“ Diesmal sei der Empfang in Dresden sehr warmherzig und freundlich gewesen, und er fühle sich ausgesprochen wohl. Die Veränderung in der öffentlichen Debatte sei spürbar. Seinem Vortrag auf der Alternativen Ökokonferenz der FDP-Landtagsfraktion stellte Klaus dann auch eine Frage voran, die auch für die Meinungsfreiheit gilt. „Was ist eigentlich mehr bedroht, das Klima oder die Freiheit?“, so der ehemalige Präsident unseres Nachbarlandes. Und die Antwort, die er gab, war eindeutig: „Wir sind Zeugen der Entstehung einer neuen linken Ideologie, die der freien Gesellschaft neue Fesseln anlegt.“ Der grüne

Ökologismus sei nicht nur eine Bedrohung für die Freiheit, sondern auch für die unterentwickelten und Schwellenländer. Denn er verhindere, dass diese Länder ein ähnliches gesellschaftliches und wirtschaftliches Niveau erreichen können wie die westlichen Industrienationen. Zu Beginn hatte FDP-Fraktionschef und Gastgeber Holger Zastrow unter anderem den öffentlichen Umgang mit denen kritisiert, die am vorherrschenden Ökomainstream zweifeln. Selbst das Umweltbundesamt stelle in einer im Frühjahr veröffentlichten Broschüre Wissenschaftler und Journalisten öffentlich an den Pranger, die die vorherrschende Klimahysterie hinterfragen. „Meinungsfreiheit muss aber auch für Zweifel am vorherrschenden Mainstream gelten und erlaubt sein, und „wir haben Zweifel“, sagte der sächsische FDP-Fraktionschef.

Öko-Vorgaben aus Brüssel sinnlos oder sogar schädlich

Der FDP-Europaabgeordnete und Umweltexperte Holger Krahrmer verglich

Sachsen mit dem kleinen gallischen Dorf aus den Asterix-Geschichten. „Und auf diese Stimme der Vernunft bin ich stolz“, sagte Krahrmer. Denn der bis nach Brüssel vorherrschende Ökowahn habe nichts mit sinnvollem Umweltschutz zu tun. Glühbirnen-Verbot, Wasserspar-Richtlinie, Ökodesign-Richtlinie oder die drohende Verschärfung der CO₂-Richtlinien für Autos: Fast alle gut gemeinten Öko-Vorgaben aus Brüssel sind bei näherer Betrachtung sinnlos oder sogar schädlich.

Technischer Fortschritt entscheidet über Ressourcen

Wäre es nach den Weltuntergangsprophezen des „Club of Rome“ Mitte der 70er Jahre gegangen, dann gäbe es aktuell kein Kupfer, kein Quecksilber, kein Gold und natürlich auch kein Öl und kein Gas mehr, so der Physiker und Mitbetreiber des Wissenschaftsblogs „Science Skeptical“, Dr. Peter Heller. „Die Fakten heute sehen anders aus“, legte der Publizist nach. „Die Ölreserven in der Erdkruste etwa würden

mehrere hunderttausend Jahre reichen. Allerdings steht mit der gegenwärtigen Technologie momentan nur ein Bruchteil zu Verfügung.“ Nicht der „Club of Rome“, sondern der technische Fortschritt entscheide, wie viele Ressourcen uns zu Verfügung stehen.

Sehnsucht, Romantik und Angst statt Rationalität

SPIEGEL-Redakteur und Bestseller-Autor Alexander Neubacher widmete sich den „kleinen und großen Irrsinnigkeiten des Ökologismus“. Darunter in der Spülmaschine gereinigte Joghurt-Becher, Duschsparköpfe und das vom einstigen grünen Bundesumweltminister Jürgen Trittin eingeführte Dosenpfand. So habe der Anteil von Einweggetränken vor dem Pfand in Deutschland 35 Prozent betragen. Aktuell liege er bei 65 Prozent. „Man kann mit Recht sagen, dass sich die Umwelt bis heute noch nicht von einem Umweltminister Trittin erholt hat“, sagte Alexander Neubacher. Bei der aktuellen Umweltpolitik gehe es nicht um rationale Argumente, sondern um Sehnsucht, Romantik und Angst. „Die gute Absicht immunisiert die Umweltschützer dabei gegen jede Kritik.“ Neubacher schloss mit der Feststellung: „Wir tun nicht zu wenig für die Umwelt, sondern vom Falschen zu viel.“

Vorherrschende Klimadoktrin ohne seriöse Grundlage

Prof. Dr. Václav Klaus setzte sich vor allem kritisch mit der gesamten Klimadebatte auseinander. Er bezeichnete die Diskussion um die CO₂-Reduzierung als „Klimaalarmismus“. „Die vorherrschende Klimadoktrin hat keine seriöse Grundlage“, so Klaus. Vielmehr sei die Debatte Ausdruck des Strebens der ewigen Revolutionäre, die Welt mit Zwang zu verändern. Es sei die nächste Runde in der Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Etatisten. „Die Ambitionen, das Klima zu ändern, sind nicht nur unnötig, sondern verschwenden vor allem Ressourcen.“ Václav Klaus verglich den Zusammenbruch ganzer Industrien in Mittel- und Osteuropa nach dem Mauerfall und die Folgen der CO₂-Ziele aus Brüssel. Damals seien die Emissionen aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Mittel- und Osteuropa um 20 Prozent zurückgegangen. Die geplante Reduzierung um diese 20 Prozent würde von der EU einen ähnlichen industriellen Schock verlangen. „Dieses Denken ist zynisch. Das hieße, Wachstum und Fortschritt und damit die Menschen revolutionär zu stoppen.“ Dieser Weg führe zu Unfreiheit, in der der Mensch nur am Rande stehe. „Wir müssen diesen Weg so schnell wie möglich verlassen.“



Prof. Dr. Václav Klaus
Wirtschaftswissenschaftler, Staatspräsident der Tschechischen Republik a. D.

„Wir sind Zeugen der Entstehung einer neuen, einer linken Ideologie. Der Ökologismus ist Ausdruck des Strebens der ewigen Revolutionäre, die Welt zu verändern und der Gesellschaft neue, diesmal grüne Fesseln anzulegen.“



Holger Krahrmer MdEP
Umweltpolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Es ist an der Zeit, einen Unterschied zu machen zwischen sinnvollem Umweltschutz und Ökowahn. Umweltschutz ist wichtig, aber er braucht einen vernünftigen Rahmen. Übertriebener Klima- und Ökoaktivismus ist auf Dauer nicht bezahlbar.“



Dr. Peter Heller
Physiker, Publizist, Mitbetreiber des Wissenschaftsblogs „Science Skeptical“

„Die Ziele der ‚Energiewende‘ sind nicht realistisch. Nicht die Politik, sondern der technische Fortschritt ermöglicht die Erschließung neuer Energieressourcen. Allein die Erdölreserven betragen 10¹⁵ Tonnen. Das reicht die nächsten 100.000 Jahre.“



Alexander Neubacher
SPIEGEL-Redakteur und Bestseller-Autor

„Bei der aktuellen Umweltpolitik geht es nicht um rationale Argumente, sondern um Sehnsucht, Romantik und Angst. Die gute Absicht immunisiert die Klimaschützer gegen jede Kritik. Dabei tun wir nicht zu wenig für die Umwelt, sondern vom Falschen zu viel.“

Die Fortschritts-offensive

Unter dem Titel „Fortschritts-offensive“ beschäftigt sich die FDP-Landtagsfraktion regelmäßig gemeinsam mit Fachleuten mit komplexen Themen, um Denkanstöße für die tagespolitische Debatte zu geben. Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es dabei oft eine Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung. Manche Stimmung im Lande scheint eine von angeblichen Meinungseliten erzeugte und dabei im Eigeninteresse liegende Stimmung zu sein. Wir wollen dem Fakten, Sachverstand und Vernunft entgegengesetzten. Der Freistaat Sachsen ist für eine solche Veranstaltungsreihe genau der richtige Platz. Sachsen, das Land der Ingenieure, ist für seine Technikbegeisterung und seinen Erfindergeist bekannt.

Windkraftwildwuchs: „Wir müssen auf unsere Heimat aufpassen“

Der Schutz der Lebensqualität der Sachsen, die Erhaltung unserer Natur, unserer Kulturlandschaft und unserer Heimat sind für die Freidemokraten im Sächsischen Landtag zentrale Ziele ihrer Politik. Auch die sogenannte Energiewende darf kein Vorwand sein, diese Ziele aufzugeben. Dazu gehört auch, dass unsere Heimat nicht durch immer neue und noch größere Windräder „verspargelt“ wird.

Als Michael Eilenberger 2009 erfuhr, dass die Firma „Czech Wind Holding“ direkt an der deutsch-tschechischen Grenze und in direkter Nachbarschaft zu seinem Heimatort Holzgau einen neuen Windpark errichten wollte, konnte er zunächst nicht glauben, was er da las. 45 Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von je 105 Metern und einem Rotordurchmesser von 90 Metern sollten errichtet werden. „Das musste ich erst mal eine Woche sacken lassen“, erzählt der heute 41-Jährige rückblickend. „Als der erste Schreck nach ungefähr einer Woche vorbei war und klar wurde, was das im Endeffekt für den Ort bedeutet, habe ich dann angefangen, die ganze Welt verrückt zu machen.“ Und dafür gab es einen plausiblen Grund, wie Michael Eilenberger berichtet: „Hier in Holzgau leben alle der rund 400 Einwohner irgendwie vom Tourismus. Und jetzt, da die Gäste immer zahlreicher kommen, wollen die uns diese Monster vor die Nase stellen? Das wollten wir uns nicht einfach so bieten lassen. Wer will schon im Schatten von dutzenden 150-Meter-Windrädern Urlaub machen?“

Windräder contra Naturschutz

Und nicht allein der Tourismus würde unter der Errichtung des Windparks leiden. Im geplanten Gebiet zwischen Moldava und Holzgau leben derzeit mehr als 100 vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten, ein Teil davon steht auf der Washingtoner Artenschutzliste. Aus diesem Grund wurde das Gebiet von der EU als Vogelschutzgebiet nach Europäischem Recht – als Special Protected Area (SPA) – ausgewiesen. So findet man etwa auf dem Osterzgebirgskamm das bedeutendste Vorkommen des vom Aussterben bedrohten Birkhuhns außerhalb der Alpen. Dass der Investor sein Projekt soweit bringen konnte, kann nur daran liegen, dass – wie es Michael Eilenberger vorsichtig formuliert – „die Behörden in Prag und manche Investoren ein bisweilen eigenartiges Ver-



Der 41-jährige Michael Eilenberger ist das Gesicht der sächsischen Windkraftgegner. Auslöser für sein Engagement war der Plan, auf dem Erzgebirgskamm – direkt über seinem Heimatort Holzgau – einen neuen Windpark zu errichten. Die Anlagen sollen 186 Meter hoch werden, sechs Mal höher als die Anlage, die schon steht.

hältnis haben. Hier geht es um viel Geld. Gegen solche Sachen kommt man nur an, wenn man richtig laut Krach schlägt“. Michael Eilenbergers „Krach“ blieb nicht ungehört. „Noch 2009 gab es eine erste

Demonstration auf dem Erzgebirgskamm“, schaut Eilenberger zurück. „Und die sächsische FDP-Fraktion war von Anfang an dabei, hat uns tatkräftig unterstützt. Denn eines haben wir schnell begriffen: Es ist

immer gut, wenn man auf die Hilfe von politischen Entscheidungsträgern zählen kann.“ Inzwischen haben sich die sächsischen Windkraftgegner landesweit zusammengeschlossen und sich im sächsischen

Landesverband des Bundesverbandes Landschaftsschutz organisiert. Mit dabei sind inzwischen 24 Initiativen, so aus dem Raum Großenhain, dem Leipziger Land, aus Nordsachsen und natürlich dem Erzgebirge. Und im Fall Holzgau sitzen auch die tschechischen Windkraftgegner von der benachbarten Bürgerinitiative „Freunde des grünen Muldentals“ mit im Boot. Gemeinsam haben die Bürger vom Erzgebirgskamm in den zurückliegenden Jahren nicht lockergelassen – mit Unterstützung der FDP. „Diese Hilfe hat uns viele Türen geöffnet“, sagt Eilenberger. „Zum Beispiel konnten wir nur so bis zum tschechischen Botschafter in Berlin vordringen, um ihm unseren Protest vorzutragen.“ Auch eine Fahrradtour zum Umweltministerium nach Prag oder Termine bei der Regionalbehörde in Aussig (Ústí) sind durch die Unterstützung der FDP-Fraktion aus Dresden und FDP-Abgeordnete aus dem Erzgebirge erst zustande gekommen.

Investor muss die Lust verlieren

Mittlerweile sind fast fünf Jahre vergangen. Dass die inzwischen mit 186-Metern Höhe veranschlagten Windräder noch immer nicht auf dem Erzgebirgskamm stehen, ist maßgeblich dem Engagement von Michael Eilenberger, seinen Mitstreitern in den Bürgerinitiativen diesseits und jenseits der Grenze und den vor allem von den Liberalen ausgelösten politischen Druck zu danken. Mehr noch: Ob der Windpark Moldava je gebaut wird, ist völlig ungewiss. Zwar hat das zuständige Ministerium in Prag inzwischen eine Genehmigung erteilt. Die aber ist mit drastischen Auflagen verbunden. „Eigentlich müsste der Investor so langsam die Lust an der Sache verlieren, denn irgendwann rechnet sich das Ganze nicht mehr“, gibt sich Michael Eilenberger optimistisch. „Sicherheitshalber bereiten wir derzeit noch eine Klage in Brüssel vor, um das Ganze dann endgültig zu stoppen. Wir passen auf unsere Heimat auf.“

www.sachsen-gegenwind.de

Kampf gegen ungebremsten Windkraftausbau

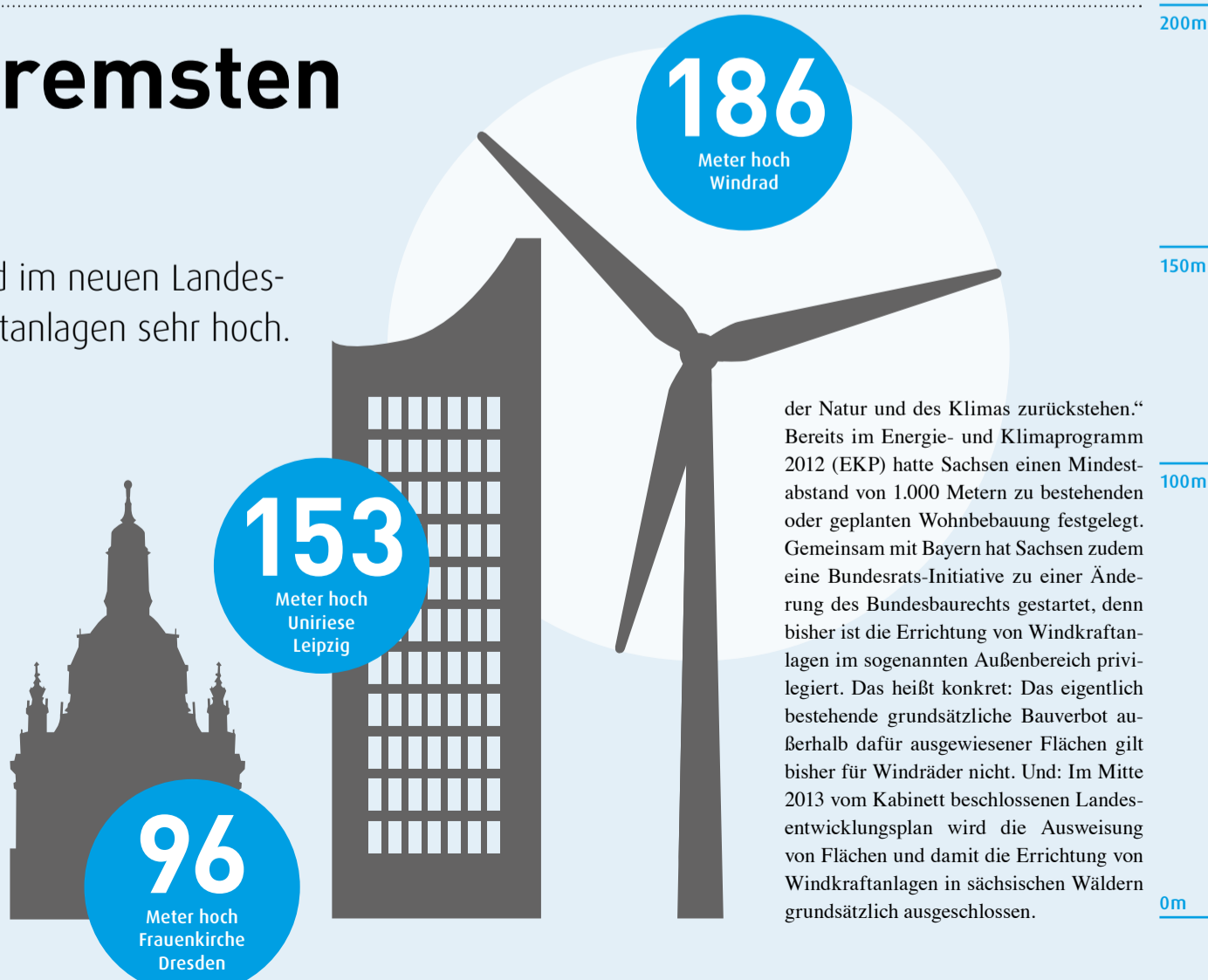
Im sächsischen Energie- und Klimaprogramm 2012 und im neuen Landesentwicklungsplan liegen die Hürden für neue Windkraftanlagen sehr hoch.

Windkraftanlagen stehen inzwischen als Sinnbild für eine völlig fehlgeleitete und aus dem Ruder laufende Energiepolitik. Heute ist Windkraft vielerorts, vor allem auf dem Festland und besonders auch in Sachsen, zum reinen Ärgernis, ja sogar zum Hemmschuh geworden. Die Subventionierungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben gemeinsam mit der Privilegierung im Baugesetzbuch zu einem Wildwuchs von Windkraftanlagen ohne volkswirtschaftlichen Sinn und Verstand geführt.

Im von der CDU/FDP-Koalition in Sachsen beschlossenen Energie- und Klimaprogramm (EKP) für den Freistaat wurden deshalb vor allem auf Druck der FDP die

Bürgerbeteiligung gestärkt und die Zielmarken des Anteils erneuerbarer Energien am sächsischen Strom-Mix in den kommenden zehn Jahren auf 28 Prozent begrenzt. Anfangs war ein Drittel vorgesehen.

Zudem zieht ein eigens formulierter und beschlossener „Windkraftrlass“ der Staatsregierung für die Errichtung neuer Windkraftanlagen klare Grenzen. Darin heißt es unter anderem: „Ziel des Freistaates ist es zum einen, dass neue Standorte möglichst dort ausgewiesen werden, wo die Beeinträchtigungen für Umwelt und Landschaft so gering wie möglich ausfallen. Zum anderen sollen die Interessen und der Schutz von Landschaft und Anwohnern umfassend Berücksichtigung finden. Der Schutz des Menschen darf nicht hinter dem Schutz



der Natur und des Klimas zurückstehen.“ Bereits im Energie- und Klimaprogramm 2012 (EKP) hatte Sachsen einen Mindestabstand von 1.000 Metern zu bestehenden oder geplanten Wohnbebauung festgelegt. Gemeinsam mit Bayern hat Sachsen zudem eine Bundesrats-Initiative zu einer Änderung des Bundesbaurechts gestartet, denn bisher ist die Errichtung von Windkraftanlagen im sogenannten Außenbereich privilegiert. Das heißt konkret: Das eigentlich bestehende grundsätzliche Bauverbot außerhalb dafür ausgewiesener Flächen gilt bisher für Windräder nicht. Und: Im Mitte 2013 vom Kabinett beschlossenen Landesentwicklungsplan wird die Ausweisung von Flächen und damit die Errichtung von Windkraftanlagen in sächsischen Wäldern grundsätzlich ausgeschlossen.



„Wir brauchen tatkräftigen Nachwuchs“



Im Jahr 2020 laufen die Solidarpaktmittel und viele EU-Fördergelder für Sachsen aus. Dann muss der Freistaat seine Ausgaben aus eigener Kraft bezahlen können. Deshalb bereiten CDU und FDP die Landesverwaltung schon jetzt darauf vor.

Sie sichern Demonstrationen und Fußballspiele ab, übernehmen polizeiliche Suchaktionen oder große Verkehrskontrollen – und sie absolvieren dabei manche Einsätze bei Wind und Wetter in voller Schutzuniform: Wer in Sachsen Polizist wird, beginnt seinen Dienst zumeist bei der Bereitschaftspolizei. In diesem Jahr nehmen 316 junge Beamte neu ihre Arbeit für Sicherheit und Ordnung im Freistaat auf.

Keine Schulden für Personalausgaben machen

Dass Sachsen überhaupt wieder Nachwuchs einstellt, ist nicht selbstverständlich. Denn das Land muss einen Spagat schaffen: Da sind einerseits erheblich sinkende Finanzmittel aus dem Solidarpakt und abschmelzende Fördergelder der EU. Darauf bereitet die schwarz-gelbe Koalition den Freistaat schon jetzt mit einem Personalab-

Modernes Dienstrecht: Leistung statt Lebensalter zählt

Für die 30.000 Beamten im Freistaat gilt künftig ein modernes Dienstrecht. Das bislang starre System der Vergütungen und Laufbahnen wird gelockert. So sind bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Beamte vorgesehen – statt Dienst- und Lebensalter soll jetzt auch die berufliche Erfahrung berücksichtigt werden. Das sorgt für mehr Anreize und Gerechtigkeit. Vor allem die FDP setzt im öffentlichen Dienst verstärkt auf eine Bezahlung nach Leistung. Deshalb wird u. a. die Möglichkeit für die Auszahlung von Prämien erweitert.

bau und einer Verwaltungsmodernisierung vor. Andererseits tragen auch die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst ihren Teil zur guten Entwicklung Sachsens bei. „Egal ob bei den Lehrern oder auch bei der Polizei – wir brauchen den tatkräftigen jungen Nachwuchs“, erklärt FDP-Innenpolitiker Benjamin Karabinski. Aber er betont zugleich, dass sich Schwarz-Gelb in Sachsen für die Personalausgaben nicht in neue Schulden stürzen wolle. Schon jetzt gibt der Freistaat knapp ein Drittel seines Geldes für die eigene Landesverwaltung aus. In Nordrhein-Westfalen beträgt die Quote sogar 40 Prozent – gleichzeitig häuft Rot-Grün dort weiter Schulden in Rekordhöhe auf. „Damit uns das in Sachsen nicht passiert, haben wir auch schmerzliche Entscheidungen getroffen“, sagt Karabinski. Und er verweist auf die Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte. Dafür hatten die Beamtenverbände die CDU/FDP-Koalition massiv kritisiert. „Wenn wir ab-

dem Jahr 2020 keine Solidarpaktmittel mehr bekommen, müssen wir unseren Landeshaushalt aus eigener Kraft stemmen, da dürfen uns die Personalausgaben nicht davongaloppieren. Die Alternative wären Schulden zu Lasten unserer Kinder oder höhere Steuern und Abgaben“, wirbt Karabinski um Verständnis.

Öffentlicher Dienst zählt zu attraktivsten Arbeitgebern

Der öffentliche Dienst zählt noch immer zu den attraktivsten Arbeitgebern, mit sicheren Arbeitsplätzen und stetig steigenden Gehältern. Damit der Freistaat aber die besten Fachkräfte für den Landesdienst anwerben kann, setzen CDU und FDP verstärkt auf Bezahlung nach Leistung, bessere Aufstiegschancen und weniger Hürden für qualifizierte Quereinsteiger. Ein entsprechendes Gesetz ist bereits im Landtag auf den Weg gebracht.

Staatsmodernisierung:

Eine schlanke Verwaltung

Sachsen baut seine Verwaltung um: Die Verteilung der Ämter und Behörden soll schlanker und kostengünstiger werden, zugleich wird verstärkt moderne Technik zum Einsatz kommen, damit die Bürger ihre Behörden-Anliegen vielerorts leichter erledigen können. Das Projekt „Staatsmodernisierung“ auf Initiative der FDP zahlt sich langfristig aus. „Unter dem Strich muss der Freistaat bis zum Jahr 2021 rund 841 Millionen Euro weniger an Steuergeldern für die Verwaltung ausgeben“, sagt der zuständige Staatsminister Dr. Jürgen Martens. Ab 2022 spare der Freistaat und letztlich der Steuerzahler beispielsweise durch die neue Standortkonzeption jährlich rund 285 Millionen Euro ein. Bei der Verteilung der Ämter wurde auf regionale Ausgewogenheit geachtet. Nach der Zusammenlegung der drei Regierungspräsidien zur Landesdirektion Sachsen hat diese ihren Sitz mit dem Präsidenten in Chemnitz. Außerdem zieht der Landesrechnungshof nach Döbeln. Das zentrale Regierungsprojekt von Schwarz-Gelb ist über die laufende Wahlperiode hinaus angelegt – deutschlandweit einmalig.

Kritik vom Beamtenbund: Zastrow erhält „Eule“

Für klare Worte und eine konsequente Haltung gibt es in der Politik selten Beifall oder eine Ehrung, vielmehr hagelt es Proteste und Widerstand. Und so erging es in diesem Jahr auch FDP-Fraktionschef Holger Zastrow. Er erhielt den Negativpreis „Die Eule“ des Sächsischen Beamtenbundes für vermeintlich gegen den öffentlichen Dienst gerichtete Äußerungen. Die Gewerkschaftsvertreter kreiden Zastrow und der ganzen CDU/FDP-Koalition unter anderem die Abschaffung des Weihnachtsgeldes für Beamte harsch an. Doch Zastrow befindet sich unter den „Geehrten“ in guter Gesellschaft: Er ist nach CDU-Fraktionschef Steffen Flath und Sachsens Finanzminister Georg Unland (CDU) bereits der

dritte Träger des Negativpreises. Der FDP-Politiker nahm die 30 Zentimeter große Statue persönlich im Landtag in Empfang. Doch auch gegenüber den „Laudatoren“ des Beamtenbundes blieb sich Zastrow treu: „Die Beamten haben einen wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung Sachsens. Aber auch der Öffentliche Dienst muss dem Vergleich mit der Situation mit der Privatwirtschaft aushalten. Zur Wahrheit gehört deshalb auch, dass Beamte im Vergleich zu den meisten Beschäftigten in der sächsischen Wirtschaft durch einen absolut sicheren Arbeitsplatz, Bezüge auf Westniveau, automatisch steigende Gehälter, mehr Urlaub und komfortable Versorgungsansprüche erhebliche Vorteile genießen“, sagte Zastrow.



IMPRESSUM NEUES SÄCHSISCHES TAGEBLATT

Herausgeber:
FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
Tel. 0351 49347 00, Fax 0351 49347 30,
E-Mail fdp@slt.sachsen.de
www.fdp-fraktion-sachsen.de
Redaktion: M. Deutschmann, Th. Felsner,
T. Herbst, A. Novak (v.i.S.d.P.), K. Prausse,
C. Schulze, H. Zastrow
Mitarbeit: A. Radtke, P. Talatzko, A. Nitt
Fotos: Karsten Praube, Karl-Ludwig Oberthür,
Michael Deutschmann, Thomas Schlegel, Daniel
Schäfer, SMI/Robert Michael, SMJus, Tristan T,
Viktoria Franke, istockphoto/@shironosov,
fotolia.com/@K.-U.Haebler,
Herstellung: Saxedo GmbH/SDV AG
Gedruckt in Sachsen.

Das NEUE SÄCHSISCHE TAGEBLATT (NSTB) ist ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit (Bereich Bürgerdialog) der FDP-Landtagsfraktion. Es informiert kostenlos über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion, stellt Schwerpunkte der Fraktionsarbeit vor, erläutert Abläufe im Parlament und Meinungsbildungsprozesse. Die Verbreitung erfolgt per Post, über Informationsstände der Landtagsfraktion, Fraktionsveranstaltungen, Abgeordnetenbüros und Verteilaktionen. Einzelnummern können kostenlos angefordert werden. Diese Zeitung wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag herausgegeben und darf nicht zu Wahlwerbzwecken genutzt werden.

„Nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel leben“

Noch vor fünf Jahren scheiterte die FDP im Landtag mit ihrem Vorstoß aus der Opposition heraus, ein Neuverschuldungsverbot in der sächsischen Verfassung zu verankern. 2013 ist dieser Herzensanliegen der Freidemokraten nun doch endlich Wirklichkeit geworden.

Cicero hat Recht: „Das Budget sollte ausgeglichen sein, die öffentlichen Schulden sollten reduziert werden, und die Bürger sollten mehr arbeiten, anstatt sich auf die Gaben der Regierung zu verlassen.“ Auch wenn das Zitat des römischen Politikers inzwischen bereits über 2.000 Jahre alt ist, ist es immer noch brandaktuell. Und sein Ausspruch beschreibt zudem ziemlich genau, was die sächsische Haushalts- und Finanzpolitik seit über zwei Jahrzehnten auszeichnet und dem Freistaat geholfen hat, gestärkt aus der globalen Krise zu kommen.

Sachsen gilt als finanzpolitisches Musterland. Dies ist zwei Faktoren zu verdanken: dem Fleiß seiner Bürger ebenso wie einer verantwortungsvollen Finanzpolitik, die seit der Wende auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist – oder wie Sachsens erster Ministerpräsident Kurt Biedenkopf das Politikerwort „Nachhaltigkeit“ übersetzt: „Enkeltauglichkeit“. „Wer Schulden macht, wer Schulden fordert und wer Schulden nicht verhindert, handelt nicht im Sinne seiner Enkel, die irgendwann den Lebensstandard ihrer Großeltern bezahlen müssen“, sagt FDP-Fraktionschef Holger Zastrow. „Denn das Erbe der Staatsfinanzen werden sie nicht ausschlagen können.“

Auch heutige Generation profitiert von Sparsamkeit

Wohin es führt, wenn ein Staat und seine Bürger über ihre Verhältnisse leben, zeigt



Die Fraktionsvorsitzenden (von links) Rico Gebhardt (Linke), Holger Zastrow (FDP), Steffen Flath (CDU), Martin Dulig (SPD) und Antje Hermenau (Grüne) stellen am 1. Februar 2013 den Medien ihren Konsens zu Leitlinien des Neuverschuldungsverbots in der sächsischen Verfassung vor.

die Euro-Krise, die eben keine Bankenkrise ist, sondern eine Krise der Staatsfinanzen. „Wenn es eines Beweises bedurfte hätte, dass es nicht ewig funktioniert, einfach die Notenpressen rotieren zu lassen, dann ist es Griechenland“, sagt Zastrow. Sachsen hat zurzeit etwa 11,7 Milliarden Euro Schulden, pro Kopf sind das 2.849 Euro. Der Freistaat nimmt damit einen Spitzenplatz ein, im Schnitt aller Bundesländer sind es 7.530 Euro, im Schnitt der neuen Länder 8.189 Euro. Natürlich hat auch Sachsen nach der Wende neben der Solidarität der alten Länder ebenso Kredite benö-

tigt, um den Transformationsprozess nach 1989 zu bewältigen. Aber der Freistaat hat jeden einzelnen Pfennig und jeden einzelnen Cent klug investiert und nicht wie

„**Wer Schulden macht, wer Schulden fordert und wer Schulden nicht verhindert, handelt nicht im Sinne seiner Enkel.**“

andere neuen Länder in Form von Luftschlössern in den märkischen Sand oder wohin auch immer gesetzt. Auch im aktuellen Doppelhaushalt liegt die Investi-

onsquote bei 18,3 Prozent in diesem beziehungsweise 17,6 Prozent im kommenden Jahr – ein Spitzenplatz, um den Sachsen deutschlandweit beneidet wird.

Bereits seit 2006 nimmt der Freistaat keine neuen Schulden mehr auf. „Und dies wird nicht nur unseren Enkeln zugute kommen, auch die heutige Generation profitiert be-

reits“, rechnet Zastrow vor: Sachsen zahlt heute jährlich etwa 325 Millionen Euro Zinsen. Im Vergleich zu dem ähnlich großen Flächenland Rheinland-Pfalz mit einer jährlichen Zinslast von 971 Millionen Euro zahlt Sachsen jährlich rund 650 Millionen Euro weniger – das sind etwa 10.000 Lehrerstellen, 43.000 Kita-Plätze oder die Sanierungskosten von 650 Kilometern Staatsstraße. Und obendrein hat der Freistaat bereits 2006 begonnen, alte Schulden zu tilgen, zurzeit 75 Millionen Euro pro Jahr. Diese solide Haushalts- und Finanzpolitik wollte die FDP-Landtagsfraktion bereits im Jahr 2007 in der Landesverfassung absichern, mit einem klaren Verbot neuer Schulden. Nach 20-monatiger parlamentarischer Diskussion in Ausschüssen, Anhörung und Plenum fand der FDP-Gesetzentwurf aber schließlich im November 2008 bei keiner anderen Fraktion Zustimmung – die CDU musste mit Hinweis auf ihren damaligen Koalitionspartner SPD ablehnen.

„Keine würdigere erste Verfassungsänderung denkbar“

Erst in diesem Jahr ging schließlich der Herzenswunsch der FDP-Fraktion in Erfüllung: Erneut wurde im Frühjahr nach langen und intensiven Verhandlungen zwischen den demokratischen Fraktionen ein Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, Schulden in der Verfassung zu verbieten – diesmal aber als Entwurf der CDU/FDP-Koalition gemeinsam mit SPD und Grünen, der im Juli dann im Parlament beschlossen wurde. Warum ist das strikte Nein zu neuen Schulden aber eigentlich immer noch nötig? Schwarz-Gelb wird sich nie in neue Schulden stürzen. Doch das ist keine Garantie für jede Regierung in jeder tagespolitischen Lage. Deshalb muss das Neuverschuldungsverbot Verfassungsrang haben – nur mit verfassungsgebender Zwei-Drittel-Mehrheit könnte es dann jemals wieder gestrichen werden. „Die Sicherung der soliden Haushalts- und Finanzpolitik Sachsens und das klare Bekenntnis, nicht auf Kosten künftiger Generationen leben zu wollen, könnte keine bessere und würdigere erste Änderung der bewährten sächsischen Verfassung von 1992 sein“, sagt FDP-Fraktionschef Zastrow.

Kampf ums Geld mit harten Bandagen

Während Sachsen seinen Haushalt für zwei Jahre plant und beschließt, ist der Finanzplan der Europäischen Union immer auf sieben Jahre angelegt. Darin wird auch festgelegt, wie viel Geld Sachsen aus Brüssel bekommt.

Eine Billion Euro – diese gewaltige Summe haben die EU-Staats- und Regierungschefs, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament nach langen Verhandlungen Mitte des Jahres als Finanzplan oder auch Haushalt der Europäischen Union beschlossen. Trotz Eurokrise und Rettungspaketen eine kaum vorstellbare Summe, die da für den Zeitraum von 2014 bis 2020 festgezurrte wurde.

Das aber ist nur der Rahmen. Wie die Billion aufgeteilt wird, ist das Ergebnis eines zähen und teils Jahre währenden Ringens hinter den Kulissen, auch für Sachsen. Denn das Geld aus Brüssel wird nicht mit der Gießkanne oder nach dem Motto „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ quer über den Kontinent verteilt. Die Kriterien werden vor allem an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Regionen festgemacht. In der Vergangenheit war das für Sachsen kein großes Problem. Nach der Wiedervereinigung war der Nachholbedarf im Vergleich zum Westen groß, die Wirtschaftskraft hier wesentlich geringer. Seit 1991 sind so rund 14 Milliarden Euro an Fördermitteln nach Sachsen geflossen. Das entspricht etwa der Summe, die der Freistaat in einem ganzen Jahr insgesamt

ausgibt. Die Mittel werden dabei im Wesentlichen über vier Töpfe verteilt: Regionalentwicklung (EFRE), Soziales (ESF), Ländlicher Raum (ELER) und Zusammenarbeit mit Nachbarregionen (ETZ). In den vergangenen Förderperioden – die aktuelle begann 2007 und endet am 31. Dezember 2013 – kam Sachsen dabei fast immer in den Genuss der Höchstförderung.

Inzwischen aber droht unser Bundesland gewissermaßen Opfer des eigenen Erfolges zu werden. Flossen in der zu Ende gehenden Förderperiode noch rund vier Milliarden Euro von der EU nach Sachsen, so gingen die Experten für die Zeit von 2014 bis 2020 im schlimmsten Fall von nur noch 600 Millionen Euro aus. Der Region Leipzig drohte gar noch mehr Ungemach. Grund: Ein in der Messestadt ansässiger Gasversorger hatte mit seinen Un-

ternehmenszahlen dafür gesorgt, dass der Grenzwert für eine solide EU-Förderung um eine Stelle hinter dem Komma überschritten wurde.

Das alles waren keine optimalen Voraussetzungen für den zuständigen sächsischen Europaminister und FDP-Landtagsabgeordneten, Dr. Jürgen Martens. Ihm fiel es zu, für Sachsen die schwierigen Verhandlungen mit den einflussreichen Entscheidern in Brüssel zu organisieren und zu führen. Die Prozedur folgt dabei einem ganz eigenen Drehbuch, in dem alle Protagonisten eine bestimmte Rolle spielen. EU-Regierungschefs, Kommissionsmitglieder, der Bundesrat oder andere EU-Staaten gehören genauso dazu wie einflussreiche EU-Parlamentarier oder Brüssler Spitzenbeamte. Unter Martens' Regie ging es dabei bisweilen auch unkonventionell zu, wird kolportiert. So wurden entscheidende Gespräche auch schon mal am Rande von Empfängen organisiert, mit Erfolg.

Schließlich hat sich die Mischung aus Hartnäckigkeit, Verhandlungsgeschick und Überzeugungsarbeit für Sachsen ausgezahlt. Seit Juli 2013 steht der EU-Finanzplan, und darin sind für den Freistaat Sachsen rund 2,6 Milliarden Euro festgeschrieben. Auch die Region Leipzig, der wegen der Stelle hinter dem Komma eine Reduzierung der Förderung drohte, bekommt 200 Millionen extra und hat rund 340 Millionen Euro im Fördertopf.





Unterstützung für Nachwuchs-Handball
Lommatzsch, Jubiläumsturnier 90 Jahre Handball, Mai 2013
Neue Wettkampfwesten für Taekwondo-Nachwuchs HSV Zwönitz, April 2011
Stifterbrief für Karl-May-Museum FDP hilft schließt Blutsbrüderschaft, März 2013
Hilfe für Bildhauer Wolf kehrt zurück, Oberseifersdorf, Januar 2013
Rettung für Dackel Pino Freiberg, Tierschutzverein Freiberg e.V., April 2013
E-Book-Reader für kleine Leseratten Meerane, Engels-Grundschule, April 2013
Es werde Licht! „Beleuchtungs-patenschaft“ für die Burg Mildenstein, März 2013

Alle Projekte unter: www.fdp-hilft.de

Diäten messen sich am Erfolg des Landes

Sächsisches Modell mit objektiven und nachvollziehbaren Erfolgskriterien

Dauebrenner in den Medien und Aufreger bei den Bürgern – die Frage, wie viel Geld Abgeordnete für ihre Tätigkeit bekommen sollen und wie diese sogenannten Diäten berechnet werden, sorgt regelmäßig für erhitzte Gemüter. Ein Grund: Jahrelang gab es bei der Entwicklung der Abgeordnetendiäten in Sachsen nur eine Richtung: steil nach oben. Die jeweilige Mehrheit im Landtag erhöhte sich die Diäten scheinbar nach Gutdünken mehr und mehr. Nicht nur in der Öffentlichkeit stieß dies immer wieder auf heftige Kritik – auch die FDP beklagte die intransparente Aufwärtsspirale immer wieder. Folgerichtig hatte die erste Gesetzesinitiative der FDP-Fraktion nach ihrem Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag im Herbst 2004 zum Ziel, den Diätenanstieg zu stoppen. Damals noch in der Opposition, hatte die Initiative der Liberalen im Landtag allerdings bei allen anderen Fraktionen keine Chance.

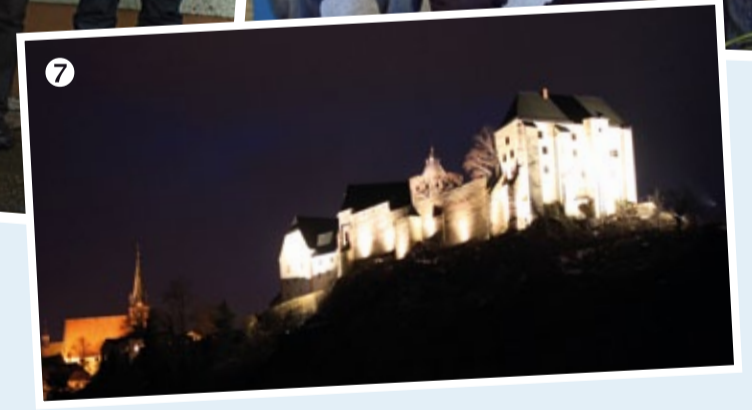
Mehr noch, kurze Zeit später beschloss die damalige schwarz-rote Regierungsmehrheit die automatische Koppelung der Diäten an die Richter-Gehälter. Das hätte beispielsweise im Jahr 2010 ein monatli-

ches Plus von 414 Euro auf 5.249 Euro bedeutet. Für die FDP-Fraktion im Landtag, seit 2009 regierungstragend, inakzeptabel. Unter dem Eindruck der Auswirkungen von Wirtschafts- und Finanzkrise und als Solidarbeitrag in schwierigen Zeiten wurde zunächst gemeinsam mit der Unionsfraktion auf diese satte Erhöhung verzichtet und parallel ein neues Diäten-Modell entwickelt. Das Ergebnis war viel mehr als nur ein einmaliger Verzicht oder ein weiteres hastig zusammengebasteltes Konstrukt für ein paar Jahre: Schwarz-Gelb schaffte einen grundlegenden, weit über die Legislaturperiode hinausblickenden Systemwechsel hin zu einer gerechten und transparenten Festsetzung der Diäten.

Das Einkommen der Volksvertreter ist seither an objektive, für jedermann nachvollziehbare, gesellschaftliche und wirtschaftliche Erfolgskriterien gekoppelt. Nicht mehr die Gehälter des öffentlichen Dienstes bestimmen die Steigerung der Diäten, sondern die Entwicklung der Löhne und Gehälter aller Branchen, des Bruttoinlandsprodukts sowie des Rentenwertes im Osten und des Arbeitslosengeldes II. Wenn es den Sachsen besser geht, profitie-

ren auch die Abgeordneten. Wenn aber der Aufschwung gebremst ist, kann das auch Diätenkürzungen bedeuten: Die wirtschaftliche Entwicklung von 2008 auf 2009 auf die Jetzt-Zeit projiziert, würde dies beispielsweise ein monatliches Diäten-Minus von 22 Euro bedeuten. Zudem werden Leistungskriterien bei den Diäten verschärft: Abzüge für die Abwesenheit von Abgeordneten oder das Fernbleiben von Abstimmungen wurden erhöht. Wer sich beispielsweise an einem Plenartag ohne gültige Beurlaubung nicht in die Anwesenheitsliste einträgt, verliert 95 Euro (bisher: 61,36 Euro). Wer eine Wahl verpasst, verliert 30 Euro (bisher: 20,45 Euro).

Übrigens: Alle Mitglieder der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag spenden nach wie vor jeden Monat einen Teil ihrer Diäten für karitative, soziale und gemeinnützige Projekte. Inzwischen sind so bereits über 130.000 Euro zusammengekommen und rund 130 Projekte in ganz Sachsen unterstützt und gefördert worden.



Wir sind für Sie da!



www.fdp-fraktion-sachsen.de

Wir, die 14 Abgeordneten der FDP-Fraktion, brauchen Sie! Wir brauchen Ihre Anregungen und Hinweise, Ihre Kritik und gern auch Ihren Zuspruch. Bitte sprechen Sie uns an! Sie treffen uns zum Beispiel im September beim Tag der Sachsen in Schwarzenberg (6.-8. September) oder beim Tag der offenen Tür im Landtag (3. Oktober). Kontaktieren Sie uns auch per Brief, Mail und Telefon.

FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
 Tel. 0351 49347 00, Fax 0351 49347 30, E-Mail fdp@slt.sachsen.de

1 Holger Zastrow/Dresden · 2 Torsten Herbst/Dresden · 3 Sven Morlok/Leipzig · 4 Kristin Schütz/Görlitz · 5 Tino Günther/Seiffen · 6 Prof. Dr. Andreas Schmalfuß/Chemnitz · 7 Dr. Jürgen Martens/Meerane · 8 Benjamin Karabinski/Freiberg · 9 Nico Tippelt/Glauchau · 10 Anja Jonas/Markkleeberg · 11 Norbert Bläsner/Heidenau · 12 Dr. Hans-Jürgen Schuster/Plauen · 13 Mike Hauschild/Bautzen · 14 Carsten Biesok/Dresden



FDP-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG